

**EU-weite Ausschreibung im
Offenen Verfahren**

**Schülerbeförderung Freie Waldorfschule
Dinslaken 2026**

2_BEWERBUNGSBEDINGUNGEN

Ablauf der Angebotsfrist: 3. Juli 2026, 12:00 Uhr

Inhaltsverzeichnis

1.	VORBEMERKUNGEN.....	4
1.1	Auftraggeber und Vergabestelle	4
1.2	Auftragsbekanntmachung	5
2.	AUFTRAGSGEGENSTAND	5
2.1	Angaben zur Verfahrensart.....	6
2.2	Gesamtvergabe	6
2.3	Nebenangebote	6
3.	VERGABEUNTERLAGEN.....	6
4.	RÜCKFRAGEN	7
5.	ABLAUF DES VERGABEVERFAHRENS	7
5.1	Vorläufiger Zeitplan	7
5.2	Ablauf im Einzelnen	8
6.	ALLGEMEINE ANFORDERUNGEN AN DAS ANGEBOT.....	10
6.1	Anzahl der Unterlagen und Anforderungen an die Übermittlung	10
6.2	Angebotsfrist	11
6.3	Umgang mit verspätet eingegangenen Angeboten	11
6.4	Änderungen des Angebots durch den Bieter	11
6.5	Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen	11
6.6	Bindefrist	11
6.7	Angabe gewerblicher Schutzrechte des Bieters.....	12
6.8	Änderung der Vergabeunterlagen.....	12
7.	BIETERGEMEINSCHAFTEN	12
8.	EIGNUNGSNACHWEISE	12
8.1	Nachweise der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung.....	12
8.2	Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit.....	13
8.3	Nachweise der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit.....	14
8.4	Nichtvorliegen von Ausschlussgründen	15
8.5	Berufung auf die Leistungsfähigkeit und Fachkunde Dritter	17
8.6	Bietergemeinschaften	18
9.	ZUSCHLAGSKRITERIEN UND GEWICHTUNG	18
9.1	Übersicht über die Zuschlagskriterien	18

9.2	Zuschlagserteilung	19
10.	VERTRAULICHKEIT	19
11.	UNTERRICHTUNG DER BIETER	20
12.	ZUSTÄNDIGE NACHPRÜFUNGSINSTANZ	20
13.	HINWEIS ZUR RÜGEOBLIEGENHEIT.....	20
14.	ANLAGENÜBERSICHT BEWERBUNGSBEDINGUNGEN	21

1. VORBEMERKUNGEN

1.1 Auftraggeber und Vergabestelle

Auftraggeber ist der Verein Freie Waldorfschule Dinslaken e.V. Der eingetragene Verein ist Schulträger der Freien Waldorfschule Dinslaken, die eine in Dinslaken ansässige Ersatzschule eigener Art in freier Trägerschaft nach § 100 Abs. 6 SchulG NRW ist. Der Auftraggeber ist als eingetragener Verein nach dem bürgerlichen Recht organisiert. Im Schuljahr 2025/2026 werden ca. 445 Schülerinnen und Schüler unterrichtet. Die Geschäftsführung und gesetzliche Vertretung obliegt dem Vorstand und seiner Vertretung.

Zweiter Auftragsgeber ist der Verein zur Förderung der Waldorfpädagogik am Niederrhein e.V. dieser ist ebenfalls ein in Dinslaken ansässiger und nach dem bürgerlichen Recht organisierter Verein. Er fördert waldorfpädagogische Einrichtungen, unterstützt die Einrichtungen der Waldorfpädagogik am Niederrhein durch ideelle Maßnahmen sowie durch Beschaffung, Verwaltung und Bereitstellung von finanziellen Mitteln. Die Geschäftsführung und gesetzliche Vertretung obliegt dem Vorstand.

Als Vergabestelle tritt der

Verein Freie Waldorfschule Dinslaken e.V.

Eppinkstraße 173

46535 Dinslaken

Telefon: + 49 20646273030

Telefax: + 49 20646273039

E-Mail: info@waldorfschule-dinslaken.de

auf.

Weiterer Auftraggeber ist der

Verein zur Förderung der Waldorfpädagogik am Niederrhein e.V.

Eppinkstraße 173

46535 Dinslaken

Telefon: + 49-2066-37389

Telefax: + 49-2064-770337

E-Mail: info@waldorfschule-dinslaken.de

Rückfragen sind ausschließlich schriftlich über die elektronische Vergabepattform <http://www.dtv.de> an die Auftraggeber zu richten!

1.2 Auftragsbekanntmachung

Die Auftraggeber haben das Vergabeverfahren am 2. Juni 2026 durch Absendung der Auftragsbekanntmachung an das Supplement zum EU-Amtsblatt bekannt gemacht.

2. AUFTRAGSGEGENSTAND

Die Auftraggeber sind Vertragspartner eines gültigen Beförderungsvertrags, über den die Beförderung der Schülerinnen und Schüler gewährleistet wird. Der fortdauernde Bedarf wurde bereits geprüft und ist auch über die aktuelle Vertragslaufzeit hinaus gegeben. Der bestehende Beförderungsvertrag der Auftraggeber läuft mit dem Ende des Schuljahres 2025/2026 aus. Vor diesem Hintergrund ist ein neuer Beförderungsvertrag zum 2. September 2026 als Stichtag nach den Sommerferien 2026 erforderlich.

Hauptgegenstand der vorliegenden Ausschreibung ist die Beförderung der Schülerinnen und Schüler von ihren jeweiligen Wohnorten zum Schulgebäude (Eppinkstraße 173, 46535 Dinslaken) und nach Schulende wieder zurück zu den jeweiligen Wohnorten. Die Beförderungsleistungen sind werktäglich (Mo. – Fr.) an Schultagen sowie ca. 3 – 4 jährlich an Samstagen (nur Hinfahrten), an denen Schulfeste stattfinden, zu bringen.

Der Auftragnehmer beabsichtigt einen Vertrag über die Beförderungsdienstleistung abzuschließen; ein Vertragspartner ist der Verein Freie Waldorfschule Dinslaken e.V., der zweite Vertragspartner ist der Verein zur Förderung der Waldorfpädagogik am Niederrhein e.V. Hintergrund dieses Vorgehens ist, dass nur eine bestimmte Anzahl an Schülern einen Anspruch auf Fahrtkostenerstattung gegenüber dem Schulträger hat. Der Teil der Vergütung für die anspruchsberechtigten Schülerinnen und Schüler wird zwischen dem ausgewählten Verkehrsunternehmen und dem Verein Freie Waldorfschule Dinslaken e.V. gewährt. Für die Schüler ohne einen Anspruch auf Fahrtkostenerstattung erfolgt die Abrechnung zwischen dem ausgewählten Verkehrsunternehmen und dem Verein zur Förderung der Waldorfpädagogik am Niederrhein e.V.

Der Beförderungsvertrag hat eine vierjährige Vertragslaufzeit. Es besteht die einseitige Möglichkeit für die Auftraggeber, den Beförderungsvertrag zweimal für je ein Jahr zu verlängern (siehe § 12 des Beförderungsvertrags).

Einzelheiten zum Auftragsgegenstand – insbesondere zu den Anforderungen an die Fahrzeuge – enthalten das beigefügte **Dokument 3_Leistungsbeschreibung**, sowie das 2.9_Preis- und Kalkulationsblatt.

2.1 Angaben zur Verfahrensart

Die Auftraggeber führen ein offenes Verfahren gemäß § 15 VgV durch, bei dem eine unbeschränkte Anzahl von Unternehmen zur Abgabe von Angeboten aufgefordert wird.

Diese Bewerbungsbedingungen sind Bestandteil der Vergabeunterlagen, welche der Auftraggeber unentgeltlich, uneingeschränkt, vollständig und direkt zur Verfügung stellt. Auf Grundlage dieser Bewerbungsbedingungen und der weiteren Vergabeunterlagen werden die am Auftrag interessierten Unternehmen aufgefordert, ein Angebot abzugeben.

2.2 Gesamtvergabe

Der Auftrag wird als Gesamtleistung vergeben.

2.3 Nebenangebote

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

3. VERGABEUNTERLAGEN

Die Vergabeunterlagen umfassen entsprechend § 29 Abs. 1 VgV folgende Dokumente:

- die **1_Aufforderung zur Angebotsabgabe**,
- diese Beschreibung der Einzelheiten der Durchführung des Verfahrens, **2_Bewerbungsbedingungen einschl. der Formblätter 2.1 – 2.10**,
- der **3_Leistungsbeschreibung (Teil B)** mit der **Anlage 3.1_Fahrpläne**,
- die **Vertragsunterlagen**, bestehend aus
 - dem **4_Beförderungsvertrag (Teil C)**,
 - den **4.1_Besonderen Vertragsbedingungen TVgG NRW**,
 - den **4.2_VOL/B**.

Für den Zugang zur Auftragsbekanntmachung und den Download der Vergabeunterlagen ist eine Registrierung nicht erforderlich (vgl. § 41 Abs. 1 VgV). Das Stellen von Bieterfragen, die Teilnahme an der Bieterkommunikation sowie die elektronische Abgabe des Angebots erfordern jedoch eine vorherige Registrierung durch den Bieter. Die Bieter haben die Vergabeunterlagen unmittelbar nach dem Download auf ihre

Vollständigkeit zu überprüfen und die Vergabestelle (s. o. Ziffer 1.1) unverzüglich auf fehlende Dokumente hinzuweisen.

Die Vergabeunterlagen verbleiben im Eigentum der Auftraggeber. Hinsichtlich des vertraulichen Umgangs mit diesen Unterlagen wird auf Ziffer 10 dieser Bewerbungsbedingungen verwiesen.

4. RÜCKFRAGEN

Eventuelle Rückfragen zu den Vergabeunterlagen oder zum Vergabeverfahren sind ausschließlich über die Vergabeplattform <http://www.dtv.de> an die oben unter Ziffer 1.1 genannte Vergabestelle zu richten. Hierfür ist eine Registrierung erforderlich. Ab der erfolgten Registrierung sendet die Vergabestelle beantwortete Bieterfragen und sonstige Mitteilungen an die angegebene elektronische Adresse.

Rückfragen können bis zum

19. Juni 2026, 12:00 Uhr,

gestellt werden. Die Vergabestelle behält sich vor, später eingegangene Rückfragen nicht zu beantworten.

Antworten auf Fragen, die Bedeutung für die Angebotserstellung haben, werden gleichzeitig allen registrierten Interessenten in anonymisierter Form mitgeteilt. Interessierte Wirtschaftsteilnehmer sind verpflichtet, sich auf <http://www.dtv.de> regelmäßig über neue beantwortete Bieterfragen sowie Mitteilungen der Vergabestelle zu informieren.

Die den Bietern im Verlauf dieses Verfahrens erteilten weiteren Informationen (Antworten der Auftraggeber auf Fragen der Bieter, sonstige schriftliche Hinweise sowie Verfahrensbriefe) sind ebenso wie diese Vergabeunterlagen bei der Erstellung des Angebots zugrunde zu legen. Antwortschreiben und Hinweise der Vergabestelle sowie Verfahrensbriefe, die die Vergabeunterlagen ergänzen, präzisieren oder abändern, gehen diesen Vergabeunterlagen vor.

5. ABLAUF DES VERGABEVERFAHRENS

5.1 Vorläufiger Zeitplan

Datum/Zeitraum	Beschreibung
2. Juni 2026	Absendung der Auftragsbekanntmachung

19. Juni 2026; 12:00 Uhr	Ablauf der Frist zur Stellung von Rückfragen
3. Juli 2026; 12:00 Uhr	Ablauf der Frist zur Abgabe der Angebote
8. Juli 2026	Entscheidung über den Zuschlag und Information der Bieter gem. § 134 GWB
21. Juli 2026	Erteilung des Zuschlags (Vertragsschluss)
2. September 2026	Beginn des Leistungszeitraums

Der vorstehende Zeitplan ist – mit Ausnahme des Beginns des Leistungszeitraums – **vorläufig** und soll den Bietern einen Überblick über den Ablauf des Vergabeverfahrens geben.

5.2 Ablauf im Einzelnen

Der weitere Ablauf des Vergabeverfahrens gestaltet sich im Einzelnen wie folgt:

– Angebotsabgabe

Das Angebot muss vollständig – mit allen verlangten Unterlagen, Erklärungen, Nachweisen und Anlagen – bis spätestens am 30. Juni 2026, 12:00 Uhr (vgl. nachfolgend Ziffer 6.2), ausschließlich mithilfe elektronischer Mittel über <http://www.dtv.de> eingereicht werden.

Die Angebotsabgabe muss über das für die Abgabe von Angeboten erforderliche Tool erfolgen; die Abgabe von Angeboten über das Feld "Kommunikation" erfüllt nicht das gesetzlich erforderliche Sicherheitsniveau gemäß § 10 Abs. 1 VgV und kann zum Ausschluss des Angebotes führen.

– Angebotsöffnung

Die Öffnung der Angebote erfolgt unverzüglich nach Ablauf der Angebotsfrist (vgl. Ziffer 6.2). Bieter sind zur Angebotsöffnung nicht zugelassen.

– Formale Angebotsprüfung

Die Vergabestelle prüft die vorliegenden Angebote zunächst auf die Einhaltung der in diesen Bewerbungsbedingungen festgelegten formalen und inhaltlichen Anforderungen gemäß § 56 Abs. 1 VgV. Dabei wird sie die Vollständigkeit und Richtigkeit der Angebote verifizieren und gegebenenfalls Angebote gemäß § 57 Abs. 1 VgV ausschließen.

Ausgeschlossen werden:

- Angebote, die nicht form- oder fristgerecht eingegangen sind, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten (vgl. Ziffer 6.3),
- Angebote, die nicht die geforderten oder nachgeforderten Unterlagen enthalten,
- Angebote, in denen Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen nicht zweifelsfrei sind,
- Angebote, in denen Änderungen oder Ergänzungen an den Vertragsunterlagen vorgenommen worden sind,
- Angebote, die nicht die erforderlichen Preisangaben enthalten, es sei denn, es handelt sich um unwesentliche Einzelpositionen, deren Einzelpreise den Gesamtpreis nicht verändern oder die Wertungsreihenfolge und den Wettbewerb nicht beeinträchtigen,
- nicht zugelassene Nebenangebote.

Die Vergabestelle kann die Bieter unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung auffordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise, nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren, oder fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen.

Die Nachforderung von leistungsbezogenen Unterlagen, die die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen, ist ausgeschlossen. Dies gilt nicht für Preisangaben, wenn es sich um unwesentliche Einzelpositionen handelt, deren Einzelpreise den Gesamtpreis nicht verändern oder die Wertungsreihenfolge und den Wettbewerb nicht beeinträchtigen.

Die Unterlagen sind vom Bieter nach Aufforderung durch die Vergabestelle innerhalb einer festzulegenden angemessenen Frist vorzulegen.

Ein Anspruch der Bieter auf eine Nachforderung von Unterlagen besteht nicht. Angebote, die nicht die geforderten bzw. bei Ausübung der vorgenannten Möglichkeit nicht die nachgeforderten Unterlagen enthalten, werden ausgeschlossen. **Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Bieters werden nicht Vertragsbestandteil.**

Die Vergabestelle darf von den Bietern Aufklärung über das Angebot verlangen.

– Wertung der Angebote

Die fristgerecht eingegangenen Angebote werden auf Einhaltung der formalen und inhaltlichen Anforderungen (Ziffer 6-8) geprüft und anhand der Zuschlagskriterien gemäß Ziffer 9 gewertet.

– Vorabinformation der Bieter

Die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden, werden gemäß § 134 GWB über die Gründe der Ablehnung ihrer Angebote, über den Namen des erfolgreichen Bieters und über den frühesten Zeitpunkt des Zuschlags informiert.

– Erteilung des Zuschlags

Nach Ablauf der Vorabinformationsfrist wird der Zuschlag auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Durch die Erteilung des Zuschlags kommt der Vertrag zu den im Angebot des Bieters angegebenen Konditionen zustande. Der beige-fügte Vertrag wird nach dem Zuschlag in den Klammerzusätzen ergänzt und von beiden Parteien unterzeichnet.

– Vorbereitung der Leistungsausführung

Im Anschluss an die Erteilung des Zuschlags (vgl. nachfolgend Ziffer 10.6 dieser Bewerbungsbedingungen) obliegt es dem Auftragnehmer, sämtliche Voraussetzungen für den Beginn der Leistungsausführung ab dem 2. September 2026 zu schaffen.

6. ALLGEMEINE ANFORDERUNGEN AN DAS ANGEBOT

Das Angebot hat die geforderten Angaben und die Erklärungen vollständig zu enthalten und ist rechtzeitig einzureichen (vgl. § 53 Abs. 7 Satz 2 VgV).

6.1 Anzahl der Unterlagen und Anforderungen an die Übermittlung

Das Angebot muss mithilfe elektronischer Mittel in Textform nach § 126b BGB über die Vergabepattform <http://www.dtvp.de> mit allen geforderten Angaben und Nachweisen bei der Vergabestelle eingereicht werden. Die Angebotsabgabe muss über das für die Abgabe von Angeboten erforderliche Tool erfolgen; die Abgabe von Angeboten über

das Feld "Kommunikation" erfüllt nicht das gesetzlich erforderliche Sicherheitsniveau gemäß § 10 Abs. 1 VgV und kann zum Ausschluss des Angebotes führen.

6.2 Angebotsfrist

Das Angebot muss rechtzeitig und zwar spätestens bis

3. Juli 2026, 12:00 Uhr

ausschließlich auf elektronischem Weg über das Tool zur Angebotsabgabe der Vergabeplattform <http://www.dtv.de> bei der Vergabestelle eingegangen sein (Angebotsfrist). Individuelle Fristverlängerungen sind ausgeschlossen.

Eine Einreichung des Angebots auf sonstigem Weg (z. B. per Post, E-Mail, über das Feld "Kommunikation" bei DTVP oder Telefax) ist unzulässig. Ein Verstoß hiergegen führt zum Ausschluss des Angebots.

6.3 Umgang mit verspätet eingegangenen Angeboten

Angebote, die verspätet eingehen, werden vom weiteren Verfahren ausgeschlossen, es sei denn, der verspätete Eingang ist durch Umstände verursacht worden, die nicht vom Bieter zu vertreten sind. Derartige Gründe sind vom Bieter glaubhaft zu machen.

6.4 Änderungen des Angebots durch den Bieter

Etwaige Ergänzungen, Änderungen oder Berichtigungen im Angebot sind bis zum Ablauf der Angebotsfrist möglich und entsprechend gekennzeichnet gemäß den Vorgaben der Ziffern 6.1 bis 6.3 dieser Bewerbungsbedingungen einzureichen.

Angebote können auf elektronischem Weg, schriftlich oder per Fax bis zum Ablauf der Angebotsfrist zurückgezogen werden.

6.5 Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen

Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein. Die Eintragungen müssen dokumentenecht sein.

6.6 Bindefrist

Die Bieter binden sich bis zum **31. August 2026** an ihre Angebote (Bindefrist).

6.7 Angabe gewerblicher Schutzrechte des Bieters

Bestehen für den Gegenstand des Angebots gewerbliche Schutzrechte oder sind solche vom Bieter oder Dritten beantragt bzw. erwogen, hat der Bieter dies im Angebot anzugeben (vgl. § 53 Abs. 8 VgV). Beabsichtigt der Bieter, Angaben aus seinem Angebot für die Anmeldung eines gewerblichen Schutzrechts zu verwerten, hat er in seinem Angebot darauf hinzuweisen.

6.8 Änderung der Vergabeunterlagen

Änderungen in den Vergabeunterlagen durch die Bieter sind unzulässig (vgl. § 53 Abs. 7 Satz 1 VgV).

7. BIETERGEMEINSCHAFTEN

Eine Angebotsabgabe als Bietergemeinschaft ist zulässig. Eine Bietergemeinschaft wird wie ein Einzelbieter behandelt (vgl. § 43 Abs. 2 Satz 1 VgV).

Die Bietergemeinschaft hat einen bevollmächtigten Vertreter für den Abschluss und die Durchführung des Vertrags zu benennen, der das **2.2_Bietergemeinschaft** unterzeichnet und für den Auftraggeber im weiteren Verfahren Ansprechpartner der Bietergemeinschaft ist. Die Mitglieder der Bietergemeinschaft haften im Auftragsfall gesamtschuldnerisch.

Wenn im Folgenden von "Bieter" die Rede ist, sind sowohl Einzelbieter als auch Bietergemeinschaften gemeint (vgl. auch nachfolgend Ziffer 8.6 (b) dieser Bewerbungsbedingungen).

8. EIGNUNGSNACHWEISE

Die Bieter müssen zum Nachweis ihrer Eignung ihrem Angebot folgende Unterlagen und Nachweise beifügen:

8.1 Nachweise der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung

- (1) Zum Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung hat der Bieter folgende Angaben und Erklärungen abzugeben beziehungsweise Unterlagen als Nachweis vorzulegen:

- **Handelsregistrauszug:** Nachweis der Eintragung im Handelsregister des Staates, in dem der Bieter niedergelassen ist, der **nicht älter als sechs Monate zum Zeitpunkt des Ablaufs der Angebotsfrist** sein darf. Ist ein Bieter nach dem Recht des Staates, in dem er niedergelassen ist, nicht zur Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister verpflichtet, hat er darüber und über die Gründe (z.B. die Rechtsform) eine entsprechende Eigenerklärung abzugeben.
 - **Alternativer Nachweis:** Sofern der Bieter nicht im Handelsregister verzeichnet ist, genügt der Nachweis der erlaubten Berufsausübung auf andere Weise (z.B. Eintragung in ein Partnerschafts- oder Vereinsregister, Mitgliedschaft in einer wirtschaftsständischen Vereinigung).
- (2) Für die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sind die jeweiligen Berufs- oder Handelsregister und die Bescheinigungen oder Erklärungen über die Berufsausübung in [Anhang XI der Richtlinie 2014/24/EU](#) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die öffentliche Auftragsvergabe und zur Aufhebung der Richtlinie 2014/18/EG, Abl. L 94 v. 28. März 2014, S. 65, aufgeführt.
- (3) Zur Nachweisführung ist die **2.4_Erklärung Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung** zu verwenden. Ergänzende Nachweise (z.B. Handelsregistrauszug) sind als eigene Anlagen zum Angebot beizufügen.

8.2 Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit

- (1) Zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit sind folgende Eignungsnachweise vorzulegen:
- **Gesamtjahresumsatz:** Jahresumsatz in EUR (netto), bezogen auf die letzten drei Geschäftsjahre (2025, 2024, 2023) vor Ablauf der Angebotsfrist.

Mindestanforderung: Der Gesamtjahresumsatz ohne Ust. des Bieters muss in den letzten drei Geschäftsjahren (2025, 2024, 2023, sofern für 2025 noch kein geprüfter Jahresabschluss vorliegt, genügt eine plausible Schätzung) jeweils **mindestens EUR 500.000,00** betragen.
 - **Betriebshaftpflichtversicherung:** Nachweis einer Betriebshaftpflichtversicherung für Personen-, Sach- und Vermögensschäden.

Mindestanforderung: Der Auftragnehmer ist verpflichtet, eine Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Versicherungssumme von **mindestens**

EUR 2.000.000 je Schadensfall für Personen- und Sachschäden und einer Versicherungssumme von **mindestens EUR 300.000** je Schadensfall für Vermögensschäden mit einer Versicherungsdeckung in Höhe des zweifachen der genannten Deckungssummen je Versicherungsjahr abzuschließen, über die gesamte Vertragslaufzeit vorzuhalten und dies dem Auftraggeber auf Verlangen jederzeit nachzuweisen.

Sofern ein Bieter über einen Versicherungsschutz verfügt, der die Mindestanforderungen nicht vollständig erfüllt, ist neben dem Nachweis über den bestehenden Versicherungsschutz eine Erklärung eines Versicherungsunternehmens einzureichen, nach der der Versicherer sich dazu bereit erklärt, den bestehenden Deckungsschutz so zu erweitern, dass die genannten Voraussetzungen vollständig erfüllt sind.

Der Nachweis einer vorläufigen Deckung nach § 49 VVG oder einer verbindlichen Erklärung eines Versicherers, den Bieter im Auftragsfall mit einem entsprechenden Versicherungsschutz auszustatten, ist ausreichend.

- (2) Zur Nachweisführung ist die **2.5_Erklärung wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit** zu verwenden.

8.3 Nachweise der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit

- (1) Zum Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit hat der Bieter die nachfolgenden Erklärungen abzugeben:

- Geeignete **Referenzen** über früher ausgeführte Aufträge in Form einer Liste der in den letzten drei Jahren vor Ablauf der Angebotsfrist erbrachten wesentlichen Leistungen, mit folgenden Angaben:
 - Beschreibung der erbrachten Leistungen nach Art, Umfang und Schwierigkeit,
 - Auftragswert in EUR (netto)
 - Leistungszeitraum (Angabe in Monat und Jahr)
 - Kompetenter Ansprechpartner beim Auftraggeber mit Kontaktdaten

Die Bieter erklären sich damit einverstanden, dass der Auftraggeber bei den angegebenen Ansprechpartnern der Referenzgeber – falls erforderlich – Auskünfte einholen darf.

Mindestanforderung:

Der Bieter weist seine technische und berufliche Leistungsfähigkeit durch die Vorlage von Eigenerklärungen zu mindestens **drei** vergleichbaren Referenzen in den letzten **drei Jahren** vor Ablauf der Angebotsfrist nach.

Die jeweiligen Referenzen sind **vergleichbar**, wenn sie die Beförderung von Personen im Linienverkehr und/oder im Gelegenheitsverkehr nach dem PBefG oder im freigestellten Verkehr nach der Freistellungsverordnung betreffen.

- **Beschreibung der Fahrzeuge:** Ferner weist er seine technische und berufliche Leistungsfähigkeit durch Beschreibung der technischen Ausrüstung (Fahrzeuge), welche der Bieter für die Ausführung des Auftrags einsetzen wird, nach.
 - **Mitarbeiterzahlen:** Angabe zu den jahresdurchschnittlichen Mitarbeiterzahlen in den letzten drei Geschäftsjahren.
 - **Erklärung über eine beabsichtigte Unterauftragsvergabe**, aus der hervorgeht, ob die Vergabe an Unterauftragnehmer beabsichtigt ist.
- (2) Zur Angabe der gemäß Absatz 1 geforderten Erklärungen ist der entsprechende Abschnitt in **2.6_Erklärung technische und berufliche Leistungsfähigkeit** auszufüllen und gegebenenfalls um eigene Anlagen zu ergänzen. Ergänzende Beschreibungen von referenzierten Aufträgen sollten einen Umfang von zwei DIN A4 Seiten je Referenz nicht überschreiten.

8.4 Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

- (1) Bieter haben sich zum Nichtvorliegen der in [§ 123 GWB](#) und [§ 124 GWB](#) genannten Ausschlussgründe zu erklären. Diese Erklärung umfasst auch das Nichtvorliegen der in [§ 124 Abs. 2 GWB](#) i.V.m. [§ 19 Abs. 1](#) i.V.m. [§ 21 Mindestlohngesetz \(MiLoG\)](#), [§ 124 Abs. 2 GWB](#) i.V.m. [§ 21 Abs. 1](#) i.V.m. [§ 23 Arbeitnehmer-Entsendegesetz \(AEntG\)](#), [§ 124 Abs. 2 GWB](#) i.V.m. [§ 98c Abs. 1 S. 1 Aufenthaltsgesetz \(AufenthG\)](#) und [§ 124 Abs. 2 GWB](#) i.V.m. [§ 21 Abs. 1 S. 1, 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz \(Schwarz-ArbG\)](#) und [§ 124 Abs. 2 GWB](#) i.V.m. [§ 22 Abs. 2 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz \(LkSG\)](#) genannten Ausschlussgründe. Für die Erklärung ist das Formblatt **2.7_Erklärung Ausschlussgründe** zu verwenden.
- (2) Der Auftraggeber weist darauf hin, dass er nach [§ 19 Abs. 4 MiLoG](#), [§ 21 Abs. 4 AEntG](#), [§ 21 Abs. 1 S. 5 SchwarzArbG](#) sowie [§ 98c Abs. 3 AufenthG](#) i.V.m. [§ 21 Abs. 4 AEntG](#) verpflichtet ist, vor der Erteilung des Zuschlags für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister nach § 6

Abs. 1 Wettbewerbsregistergesetz (WReG) einzuholen und der Auftraggeber zudem eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister nach § 150a der Gewerbeordnung (GewO) über das (Nicht-)Vorliegen der jeweiligen Ausschlussgründe anfordern darf.

- (3) Liegt bei einem Bieter ein Ausschlussgrund nach [§ 123 GWB](#) oder [§ 124 GWB](#) vor, wird er gemäß [§ 125 Abs. 1 GWB](#) nicht ausgeschlossen, wenn er nachweist, dass er
1. für jeden durch eine Straftat oder ein Fehlverhalten verursachten Schaden einen Ausgleich gezahlt oder sich zur Zahlung eines Ausgleichs verpflichtet hat,
 2. die Tatsachen und Umstände, die mit der Straftat oder dem Fehlverhalten und dem dadurch verursachten Schaden in Zusammenhang stehen, durch eine aktive Zusammenarbeit mit den Ermittlungsbehörden und dem öffentlichen Auftraggeber umfassend geklärt hat, und
 3. konkrete technische, organisatorische und personelle Maßnahmen ergriffen hat, die geeignet sind, weitere Straftaten oder weiteres Fehlverhalten zu vermeiden.
- (4) Der Auftraggeber bewertet die vom Bieter ergriffenen Selbstreinigungsmaßnahmen und berücksichtigt die Schwere und die besonderen Umstände der Straftat oder des Fehlverhaltens. Erachtet der Auftraggeber die Selbstreinigungsmaßnahmen als unzureichend, so begründet er diese Entscheidung gegenüber dem Bieter.
- (5) Auch bei einem Verstoß gegen [§ 124 Abs. 2 GWB](#) i.V.m. [§ 19 Abs. 1](#) i.V.m. [§ 21 MiLoG](#), [§ 124 Abs. 2 GWB](#) i.V.m. [§ 21 Abs. 1](#) i.V.m. [§ 23 AEntG](#) und [§ 124 Abs. 2 GWB](#) i.V.m. [§ 98c Abs. 1 S. 1 AufenthG](#) und [§ 124 Abs. 2 GWB](#) i.V.m. [§ 22 LkSG](#) wird der Bieter nicht ausgeschlossen, wenn er die Wiederherstellung der Zuverlässigkeit nachgewiesen hat.
- (6) Kommt der Bieter seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nach und ist dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt ([§ 123 Abs. 4 S. 1 Nr. 1 GWB](#)), unterbleibt ein Ausschluss, wenn der Bieter nachweist, dass er seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass er die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.
- (7) Öffentliche Auftraggeber sind bei Aufträgen oberhalb der EU-Schwellenwerte verpflichtet, die in der am 8. April 2022 im EU-Amtsblatt veröffentlichten Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 833/2014 (nachfolgend: Sanktions-VO) in der Fassung des Art. 1 Ziff. 16 der

Verordnung (EU) 2025/2033 des Rates vom 23. Oktober 2025 normierten Sanktionen umzusetzen. Nach Art. 5k der Sanktion-VO besteht insbesondere ein Zuschlagsverbot. Das Zuschlagsverbot besagt, dass Personen oder Unternehmen, die der Sanktions-VO unterliegen, keine öffentlichen Aufträge mehr erhalten dürfen. Von allen Bewerbern und Bietern bzw. sämtlichen Mitgliedern einer Bewerber-/Bietergemeinschaft ist deshalb die zur Verfügung gestellte **2.7_Eigenerklärung** abzugeben. Teilnahmeanträge bzw. Angebote von Unternehmen, die diese Erklärung nicht abgeben, sind vom Verfahren auszuschließen.

8.5 Berufung auf die Leistungsfähigkeit und Fachkunde Dritter

- (1) Ein Unternehmen kann sich, auch als Mitglied einer Bewerbergemeinschaft, zum Nachweis seiner Leistungsfähigkeit und Fachkunde der Fähigkeiten Dritter (z.B. Unterauftragnehmer) bedienen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zwischen ihm und diesen Dritten bestehenden Verbindungen.
- (2) Jeder Dritte, auf dessen Eignung sich der Bewerber bezieht, muss die **2.3_Erklärung Eignungsleihe** ausfüllen und unterzeichnet mit dem Teilnahmeantrag einreichen. Zudem muss dieser Dritte seine wirtschaftliche und finanzielle sowie technische und berufliche Leistungsfähigkeit nach Maßgabe der Anforderungen in der Auftragsbekanntmachung und diese **2_Bewerbungsbedingungen** unter Verwendung der gestellten Formblätter in dem Umfang nachweisen, in dem sich der Bewerber darauf beruft.
- (3) Unabhängig davon muss auch der Dritte, auf dessen Eignung sich der Bewerber beruft, seine Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung sowie das Nichtvorliegen der in [§ 123 GWB](#) und [§ 124 GWB](#) genannten Ausschlussgründe nach Maßgabe der Auftragsbekanntmachung und dieser **2_Bewerbungsbedingungen** unter Verwendung der gestellten Formblätter individuell und vollständig nachweisen.
- (4) Ein Bewerber kann im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Bewerber nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese die Leistung erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden.
- (5) Im Rahmen der Eignungsprüfung wird überprüft, ob das Drittunternehmen, deren Kapazitäten der Bewerber in Anspruch nehmen möchte, die entsprechenden Eignungskriterien erfüllt und ob Ausschlussgründe vorliegen.
- (6) Erfüllt das Drittunternehmen die entsprechenden Eignungskriterien nicht vollständig oder liegt ein zwingender Ausschlussgrund vor, muss der Bewerber dieses Unternehmen ersetzen. Der Auftraggeber behält sich vor, die Ersetzung des Drittunternehmens

zu verlangen, wenn ein fakultativer Ausschlussgrund vorliegt. Hierfür wird dem Bewerber eine angemessene Frist gesetzt.

- (7) Hinsichtlich der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit wird verlangt, dass der Bewerber und das Drittunternehmen gemeinsam für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe haften, [§ 47 Abs. 3 VgV](#).

8.6 Bietergemeinschaften

- (1) Die Verfahrensteilnahme in gemeinschaftlicher Form (Bietergemeinschaft) ist zulässig. Eine Bietergemeinschaft wird wie ein Einzelbewerber bzw. -bieter behandelt ([§ 42 Abs. 2 S. 1 VgV](#)). Soweit in den Vergabeunterlagen von Bietern gesprochen wird, sind damit sowohl Einzelbewerber bzw. -bieter als auch Bietergemeinschaften gemeint.
- (2) Im Angebot haben die Mitglieder der Bietergemeinschaft in der **2.2_Erklärung Bietergemeinschaft** einen bevollmächtigten Vertreter für den Abschluss und die Durchführung des Vertrages zu benennen. Der bevollmächtigte Vertreter steht in diesem Vergabeverfahren als Ansprechpartner der Bietergemeinschaft zur Verfügung.
- (3) Die Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung muss für jedes Mitglied einer Bietergemeinschaft mittels Formblatt **2.4_Erklärung Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung** und das Nichtvorliegen der Ausschlussgründe aus [§ 123](#) und [§ 124 GWB](#) mit der **2.7_Erklärung Ausschlussgründe** individuell nachgewiesen werden. Für die übrigen Eignungskriterien kommt es auf die Bietergemeinschaft insgesamt an. Insofern füllt jedes Mitglied die **2.5_Erklärung wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit** und die **2.6_Erklärung technische und berufliche Leistungsfähigkeit** nur soweit aus, wie es für dieses Mitglied zutrifft. Soweit im Wege der Eignungsleihe auf die Eignung eines Dritten zurückgegriffen wird (vgl. hierzu auch Ziffer 6), ist zusätzlich die **2.3_Erklärung Eignungsleihe** auszufüllen und einzureichen.
- (4) Die Prüfung der Eignung erfolgt unter Berücksichtigung sämtlicher von der Bietergemeinschaft eingereichten Unterlagen.

9. ZUSCHLAGSKRITERIEN UND GEWICHTUNG

9.1 Übersicht über die Zuschlagskriterien

Der Zuschlag erfolgt auf das wirtschaftlichste Angebot. Die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots erfolgt auf der Grundlage des niedrigsten Preises (= niedrigste

Tagespauschale netto der Gesamtfahrleistung aller vier Linien zzgl. USt. = Bruttogesamtpreis).

9.2 Zuschlagserteilung

Es ist vorgesehen, den Zuschlag am **21. Juli 2026** zu erteilen. Dieses Datum ist unverbindlich.

10. VERTRAULICHKEIT

- (1) Mit der Abgabe eines Angebots verpflichtet sich der Bieter zur vertraulichen Behandlung aller im Rahmen des Vergabeverfahrens zur Verfügung gestellten Informationen und Unterlagen, die nicht frei zugänglich sind.
- (2) Von dem Weitergabeverbot sind lediglich Berater und Unterauftragnehmer der Bieter ausgenommen, wenn diese nachweislich zur Wahrung der Vertraulichkeit in derselben Weise und demselben Umfang verpflichtet worden sind. Die Vergabeunterlagen bleiben Eigentum des Auftraggebers.
- (3) Bieter dürfen Veröffentlichungen über den Auftrag oder Teile davon sowie über weitere Informationen, welche ihnen im Rahmen des Vergabeverfahrens bekannt werden, nur mit schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers vornehmen.
- (4) Im Rahmen des Vergabeverfahrens erhobene personenbezogene Daten werden im Zug des Vergabeverfahrens sowie im Fall einer Zuschlagserteilung zur Vertragsdurchführung und -abwicklung verarbeitet und zu diesen Zwecken gespeichert. Die Angabe der personenbezogenen Daten ist weder vertraglich noch gesetzlich vorgeschrieben, sie ist allerdings Voraussetzung für die Berücksichtigung von Teilnahmeanträgen und Angeboten in diesem Vergabeverfahren. Sofern die entsprechenden personenbezogenen Daten nicht bereitgestellt werden, kann dies somit den Ausschluss vom weiteren Vergabeverfahren zur Folge haben.
- (5) Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt nur, soweit sie zur Durchführung dieses Vergabeverfahrens sowie ggf. zur Vertragsdurchführung und -abwicklung erforderlich ist.
- (6) Die Daten werden so lange gespeichert, wie dies zur Erfüllung des vorgesehenen Zwecks, insbesondere der gesetzlichen Aufgaben des Auftraggebers erforderlich ist oder berechtigte Gründe im Sinne des Art. 17 Abs. 3 DSGVO, wie z.B. vergaberechtliche und sonstige gesetzliche Aufbewahrungsfristen, eine Speicherung erforderlich

machen. Solange vergaberechtliche oder sonstige gesetzliche Aufbewahrungspflichten, wie z.B. steuer- und handelsrechtliche Vorschriften, einer Löschung der personenbezogenen Daten entgegenstehen, schränkt der Verantwortliche die Verarbeitung der Daten ein; anschließend werden die Daten nach den gesetzlichen Vorschriften gelöscht. Die Vergabedokumentation, den Vergabevermerk sowie die Angebote, die Teilnahmeanträge sowie Kopien des abgeschlossenen Vertrags und deren Anlagen sind bis zum Ende der Laufzeit des Vertrags aufzubewahren, mindestens jedoch für drei Jahre ab dem Tag des Zuschlags (vgl. § 8 Abs. 4 VgV).

- (7) Ergänzend wird auf das 2.8_Merkblatt_DSGVO hingewiesen.

11. UNTERRICHTUNG DER BIETER

Der Auftraggeber informiert diejenigen Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, nach § 134 GWB.

12. ZUSTÄNDIGE NACHPRÜFUNGSINSTANZ

Ein Antrag auf Nachprüfung ist bei folgender Vergabekammer zu stellen:

Vergabekammer Westfalen

Geschäftsstelle der Vergabekammer
Albrecht-Thaer-Straße 9
48147 Münster
vergabekammer@brms.nrw.de
Telefax: 0251 411-2165

13. HINWEIS ZUR RÜGEOBLIEGENHEIT

Der Antrag auf Nachprüfung ist gemäß § 160 Abs. 3 Satz 1 GWB unzulässig, soweit:

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2 GWB. § 134 Absatz 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

14. ANLAGENÜBERSICHT BEWERBUNGSBEDINGUNGEN

- 2.1_Formblatt Angebotsschreiben,
- 2.2_Erklärung Bietergemeinschaft,
- 2.3_Erklärung_Eignungsleihe,
- 2.4_Erklärung Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung,
- 2.5_Erklärung wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit,
- 2.6_Erklärung technische und berufliche Leistungsfähigkeit,
- 2.7_Erklärung Ausschlussgründe,
- 2.8_Merkblatt DSGVO,
- 2.9_Preis- und Kalkulationsblatt,
- 2.10_Formblatt Erfüllung der inhaltlichen Mindestanforderungen.

* * *